

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Exit Afghanistan



Einstieg als Ausstieg
Was uns Algerien lehrt
Der Afghanistan-Komplex
Strategie für den Frieden
Abzug mit Köpfchen

Streitplatz

Deutsche Interessen

Analyse

Energiesicherheit im Klimawandel

WeltBlick

Kirgisistan im Umbruch
Frankreichs Europapolitik
Krieg am Horn von Afrika

Bücher & Tagungen

Goodbye Afghanistan?

Zweiter Heidelberger Dialog zur internationalen Sicherheit, „Mitgegangen, mitgefangen...? Exit-Strategien im Kontext internationaler Interventionen“, 23. bis 25. September 2010, Heidelberg

Im Zentrum der dreitägigen Veranstaltung, die vom Forum für internationale Sicherheit Heidelberg e. V. (FiS) organisiert wurde, stand die Frage nach Möglichkeiten und Hindernissen einer raschen Beendigung des Afghanistaneinsatzes. Im Eröffnungsvortrag führte *Aurel Croissant* (Universität Heidelberg) in das Thema „Internationale Interventionen als Instrument der Friedenskonsolidierung“ ein. Er betonte vor allem die Notwendigkeit einer nachhaltigen Stabilisierung und die Pflicht zum Neuaufbau. Zentral sei die Beachtung dreier Teilbereiche: eine Konzentrierung auf den Sicherheitssektor, die Durchdringung der Zielgesellschaft und die Einbindung sogenannter *Spoiler*.

In einem ersten Workshop zum Thema legte *Sandra Destradi* (GIGA, Hamburg) den Schwerpunkt auf die „Indian Peace Keeping Force“ (IPKF), mit der Indien von 1987 bis 1990 in den Bürgerkrieg in Sri Lanka eingegriffen hatte. Im Mittelpunkt stand die systematische Erarbeitung der Gründe für das Scheitern der Mission. Anschließend diskutierten die Teilnehmer darüber, inwiefern Probleme und Strukturen auf andere Konfliktregionen übertragbar sind und welche Lehren sich aus diesem Scheitern insbesondere für den aktuellen internationalen Truppeneinsatz in Afghanistan ziehen lassen.

Peter Schmidt (SWP, Berlin) behandelte im zweiten Workshop aus einer praktisch-strategischen Perspektive die Komplexität mehrstufiger multilateraler Entscheidungsprozesse sowie die Problematik einer adäquaten Strategiefindung in Interventionsszenarien. Anschaulich machte er dies vor allem anhand der Interventionen im Kongo und in Darfur.

In der simulierten „Konferenz zur Sicherheit in Afghanistan“ lieferte *Janet Kursawe* (FEST, Heidelberg) zunächst einen Überblick über die aktuelle Problemlage in Afghanistan. An dem Planspiel nahmen zwölf Staaten und vier Organisationen teil. Im Zentrum der Konferenz zur Zukunft Afghanistans standen verschiedene *Exit*-Optionen der beteiligten Staaten. In Plenarsitzungen, informellen Verhandlungen und Pressekonferenzen wurde heftig diskutiert und um eine Einigung über die zukünftige Strategie im Afghanistaneinsatz sowie um dessen Ende gerungen. „Ich hätte gar nicht gedacht, dass ein Planspiel so schnell so eine Dynamik entwickelt“, bemerkte ein Teilnehmer schon am ersten Abend. Nach Diskussionen über Fragen der Grenzsicherung und Stabilisierung sowie über mögliche Lösungen des Drogenproblems wurde überraschend einstimmig ein Abschlussdokument beschlossen, das sowohl grundlegende Ausrichtungen beinhaltet als auch die Aussicht auf zukünftige Kooperationen. Besonders hervorzuheben ist die Idee der Gründung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Afghanistan (KSZA), welche nach dem Vorbild der KSZE die regionalen Akteure dauerhaft an einen Tisch bringen und für

Stabilität in der gesamten Region sorgen soll (die Resolution ist einzusehen unter www.fis-hd.de).

Am Nachmittag des 25. September fand eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „Einsatz ohne Fahrplan? Entwicklung und Implementierung multinationaler Interventions- und *Exit*-Strategien am Beispiel Afghanistans“ statt. Moderiert von *Bruno Schoch* (HSFK) diskutierten *Helmut Harff* (Brigadegeneral a. D.) und *Winfried Nachtwei* (MdB a. D., Bündnis 90/Die Grünen) über den deutschen „Weg nach Afghanistan“ und einen möglichen Ausweg – politisch wie militärisch. Die Diagnose der Diskutanten: Im September 2001 zählte zunächst nur der internationale „War on Terror“, der langfristige staatliche Aufbau Afghanistans geriet ins Hintertreffen. Fehler sah Harff primär in unklaren Zielsetzungen und Strategien sowie dem Unvermögen der Politik, diese der Gesellschaft zu vermitteln. Nachtwei griff das eingangs von Croissant vorgestellte Konzept des *Light Footprint* auf, das sich für Afghanistan als kontraproduktiv erwiesen habe, und kritisierte vorschnelle Erwartungen eines raschen und umfassenden Ausstiegs. Bei Stabilisierung und Aufbau würden bisher die afghanischen Wünsche nur unzureichend berücksichtigt. Man könne also durchaus von einem „Einsatz mit kurzfristigem Fahrplan“ sprechen. Hinsichtlich der Frage nach der richtigen *Exit*-Strategie, herrschte Einmütigkeit bezüglich der Notwendigkeit, den militärischen Einsatz rasch zu beenden. Doch während Harff für die afghanische Selbstbestimmung und -implementierung des Staatsaufbaus votierte,

mahnnte Nachtwei an, dass man Afghanistan nicht sich selbst überlassen dürfte und insbesondere bei der Förderung von (*Good*) *Governance* sowie dem Aufbau von Sicherheitsstrukturen die internationale Staatengemeinschaft weiterhin aktiv bleiben müsse. In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde vor allem die Frage einer moralischen Bleibeverpflichtung weiter vertieft.

Katrin Gerber, Dorothea Müller, Caja Schleich,
Christoph Trinn, Thomas Wencker
(Universität Heidelberg)

Beidseitige Niederlage

„Abgeordnete in Afghanistan: Konflikte, Kompromisse, Kollaborationen“ – Buchpräsentation und Podiumsdiskussion, Heinrich-Böll-Stiftung Berlin, 8. September 2010

Das Stichwort Afghanistan weckt hierzulande Assoziationen an die Taliban, den Terrorismus sowie das jüngste Engagement der NATO in dieser Region. Diese Verknüpfung wird von Medien konstruiert, die über (Miss-)Erfolge der militärischen Bemühungen referieren. Auch wenn die Behauptung, die Berichterstattung widme sich ausschließlich dem Antiterrorkampf, vermessen ist, werden andere Themen der afghanischen Politik wenig berücksichtigt. Manchmal scheint es, dass andere politische Prozesse in Afghanistan zweitrangig seien. Schließlich gelte es primär, die aufständischen Kräfte einzudämmen und ein staatliches Gewaltmonopol herzustellen. Es sollte stets im Gedächtnis bleiben, dass sich zusammen mit den militärischen Operationen ein Staatsbildungsprozess

vollzieht, der einen friedlichen sowie nach innen und außen souveränen Staat hervorbringen soll. Eine wichtige Institution, die diese Entwicklung voranbringen kann, ist das Parlament. Diesen Zusammenhang berücksichtigend, wurde die Studie „Abgeordnete in Afghanistan“ erstellt.

Zum Einstieg skizzierte *Sanjar Sobail* (Chefredakteur der afghanischen Tageszeitung *Hashr-e Sobh*) politische Grundfeste, die er sich für sein Land wünscht: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte. Afghanistan dürfe nicht als „Wiege des Terrorismus“ gelten und solle den Weg demokratischer Staatlichkeit einschlagen. Hinsichtlich der Parlamentswahlen am 18. September 2010 stellte Sobail Schwierigkeiten dar – allen voran das Sicherheitsproblem –, die den Urnengang sabotieren. Auch bei den genannten Wahlen werde man nicht mit dem Kriterium der Transparenz überzeugen.

Anschließend präsentierte *Andrea Fleschenberg* (Autorin der Studie, Universität Marburg) die wichtigsten Ergebnisse ihres Buches. Weibliche und männliche Parlamentsabgeordnete wurden u. a. bezüglich folgender Aspekte befragt: persönlicher Hintergrund und Zugang zur Politik, Rechenschaftspflicht, Rückhalt sozialer Gruppen, Austausch mit der Gesellschaft, sachpolitische Agenden und rechtspolitische Interessen. Erwartungsgemäß gibt es unterschiedliche, teilweise geschlechterspezifische Ergebnisse. Fleschenberg bemerkte, dass es sich bei der Staatsbildung, vor allem beim Ausbau von Zivilgesellschaft und Institutionen, um langfristige Projekte mit 20- bis 30-jähriger Zeitspanne

handele. Ergänzend bezeugte *Martin Kipping* (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) den Reformwillen der afghanischen Politik und bezeichnete das Parlament als „Transmissionsriemen“ für Reforminteressen. Er berichtete, dass Genderpolitik ein zentrales Anliegen der afghanischen Politik sei.

Wie schwer es allerdings Frauen fällt, sich bei Verhandlungen präsentieren und artikulieren zu können, veranschaulichte *Soraya Rahim Sobhrang* (afghanische Frauen- und Menschenrechtlerin) am Beispiel des kürzlich gebildeten Friedensrates. Um geeignete weibliche Repräsentanten für den Friedensrat zu beauftragen, hat sie aktiv an der Ausarbeitung von Teilnehmerlisten mitgewirkt, aber diese Vorschläge wurden von der Regierung nicht berücksichtigt. Sobhrang verdeutlichte auch, dass bisherige Errungenschaften wie die Verfassung, die unabhängige Menschenrechtskommission sowie zahlreiche Gewalt vermindernde Gesetze internationaler Unterstützung zu verdanken seien.

Provozierend wurde gefragt, inwiefern es sich bei der Parlamentsarbeit um „Sandkastenspiele“ handele. Berechtigt war auch die Frage, in welchem Maß die betonte Langfristigkeit des Projekts mit einem dementsprechend anhaltenden Einsatz westlicher Staaten einhergehe. Kipping zog einen deutlichen Unterschied zwischen dem Zweck der Bundeswehraktivitäten und zivilen Aktivitäten, die diesen langen Prozess durchaus begleiten sollten. Das Parlament, so Fleschenberg, sei durchaus ernst zu nehmen,

da es eine wichtige friedensschaffende Institution ist. Sie konstatierte, dass Friedensschaffung nicht nur ein militärischer, sondern ein „genuin politischer Prozess“ sei. Gemäß Sobhrang muss man zweifelsohne das Gesicht des Parlaments durch Leute aus der Zivilgesellschaft verbessern, damit sich dort der Wille des Volkes manifestieren kann.

Eine kontroverse Diskussion über den NATO-Einsatz blieb aus. Bemerkenswert war die große Wertschätzung der internationalen Hilfe, die die Gäste aus Kabul zum Ausdruck brachten. Mehrmals äußerten sie ihren Dank gegenüber ihren „deutschen und internationalen Freunden“. Das Podium zeigte nicht nur, dass man auch im Krieg Optimist bleiben muss, sondern demonstrierte auch die Fähigkeit, selbst in einem Land wie Afghanistan Fortschritte zu erkennen. Unumstritten konkretisierte Sohail schließlich, dass es nicht allein um die Zukunft der Afghanen geht: „Unsere Niederlage wird auch Ihre Niederlage sein“.

Seda Aydin, Universität Potsdam

Neues aus Afrikas Süden

Tagung „Namibia – 20 Jahre Unabhängigkeit“, veranstaltet von der Gesellschaft für Politische Bildung e. V. und der Initiative Südliches Afrika e. V., Würzburg, 21. bis 23. Mai 2010.

Namibia ist das letzte afrikanische Land, das die koloniale Fremdherrschaft abschütteln konnte. Erst 1990 endete unter internationalem Druck die völkerrechtswidrige

Besetzung durch Südafrika, das Namibia 1915 von den Deutschen erobert hatte. Nach 20 Jahren wurde auf einer Tagung in Deutschland Bilanz der ersten beiden Jahrzehnte Unabhängigkeit gezogen.

Henning Melber (Dag-Hammarskjöld-Stiftung, Uppsala), seit 1974 selbst Mitglied der mit absoluter Mehrheit herrschenden SWAPO, übernahm seine aus vielen Veröffentlichungen bekannte Rolle als kritischer Kommentator der namibischen Regierungspolitik. Von Menschenrechtsverletzungen bis zur Steuerpolitik und den nach wie vor gewaltigen Einkommensunterschieden legte er seinen Finger in viele offene Wunden. Dennoch fiel es Botschafter *Neville Gertze* anschließend nicht schwer, die Erfolge der namibischen Regierung herauszustellen. Dabei betonte er, dass trotz schwieriger Startbedingungen, wie einer niedrigen Alphabetisierungsrate, zunehmend Erfolge bei der Diversifizierung der immer noch von Landwirtschaft und Bergbau geprägten Volkswirtschaft erzielt würden.

Die Nachwirkungen der Kolonialzeit thematisierte *Reinhard Kößler* (Arnold-Bergsträsser-Institut, Freiburg). Noch immer gehörten weite Teile Zentral- und Südnamibias einigen Tausend weißen Farmern, die mehrheitlich kommerzielle Rinderzucht betreiben – auch für den europäischen Markt. Es handele sich um jene Gebiete, die während des Vernichtungskriegs der Deutschen gegen Herero, Nama und Damara in den Jahren von 1904 bis 1908 erobert wurden. Der bevölkerungsreiche äußerste Norden, wo keine effektive koloniale Durchdringung

gelang, werde bis heute durch eine Veterinärangrenzlinie, welche die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche verhindern soll, vom übrigen Land getrennt. Seit der Unabhängigkeit arbeitet die namibische Regierung an einer Bodenreform. Wer bei diesem Stichwort an wilde Enteignungen dachte, wie sie in Simbabwe zum völligen Zusammenbruch der Wirtschaft führten, wurde von *Thomas Christiansen* (Universität Gießen) eines Besseren belehrt. Mithilfe umfangreichen Datenmaterials räumte der Geograf in seinem informativen und faktengestützten Vortrag manches Vorurteil aus. So zeigte er zunächst anhand von Niederschlagsdaten, dass die kommerziellen Farmer keineswegs die fruchtbarsten Landstriche Namibias in Anspruch nehmen. Eine Umverteilung des Landes nannte er dennoch eine politisch-psychologische Notwendigkeit. Ökonomisch sei sie hingegen mehr als fragwürdig, zumal häufig lediglich einflussreiche Politiker sowie deren Verwandte und Klienten profitierten. Schließlich wies Christiansen darauf hin, dass die Landreform auch kommunale Flächen betreffe. Grundlage hierfür sei eine sinnvolle Erfassung von Nutzungsflächen mit modernen Fernerkundungsmethoden, die helfen könnte, dem illegalen Abzäunen von „Privatgrund“ Einhalt zu gebieten.

Maria Kind (Deutsche Afrika-Stiftung) und *Kirsten Maas-Albrecht* (Heinrich-Böll-Stiftung) fragten nach den Auswirkungen der Mehrheitsherrschaft der ehemaligen Befreiungsbewegung SWAPO. Angesichts von Unregelmäßigkeiten bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2009 legten sie

dar, dass externe Demokratieförderung in Namibia nach wie vor sinnvoll sei. Dabei setzten sie vor allem auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Ein konkretes Beispiel für die Zusammenarbeit von namibischen Nichtregierungsorganisationen mit internationalen Partnern stellten *Petrus Khariseb* und *Uhuru Dempers* (Evangelisch-Lutherische Kirche Namibias) vor. Nach Abschluss eines erfolgreichen Pilotprojekts forderten sie die landesweite Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von umgerechnet weniger als zehn Euro, wodurch ein sinnvoller Beitrag zur Armutsminderung geleistet werden könne. Ein Grund dafür, dass bislang weder die Regierung noch die größte Oppositionspartei den Vorschlag aufgriffen, dürfte jedoch in der unsicheren Finanzierung zu suchen sein. Geschätzte Kosten in Höhe von 5,7 Prozent des Staatshaushalts sind entgegen der Auffassung der Referenten eben keine Peanuts.

Hein Möllers (Informationsstelle Südliches Afrika, Bonn) hob in seinem Vortrag über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Ländern hervor, dass auch asymmetrische Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft zu den Ursachen von Unterentwicklung zählen. Allerdings ging Möllers kaum auf mögliche Chancen der EU-Freihandelsdoktrin ein. So mögen die neuen reziproken, WTO-konformen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) einerseits zum Wegfall von Zolleinnahmen führen. Andererseits entstehen dadurch Anreize zum Aufbau einer effektiven Finanz- und Steuerverwaltung. Ebenfalls nicht nur negativ dürfte es zu

bewerten sein, wenn nun unter dem Einfluss der EU überlappende und unklare Mitgliedschaften afrikanischer Staaten in regionalen Handelsbündnissen einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Die Diskussion von Botschafter Gertze mit den beiden Bundestagsabgeordneten *Uwe Kekeritz* (Bündnis 90/Die Grünen) und *Marina Schuster* (FDP) über den Stand der deutsch-namibischen Beziehungen hätte sich gut als Abschlussrunde geeignet, musste aus terminlichen Gründen jedoch schon am Vormittag des 22. Mai stattfinden. Kekeritz bedauerte explizit, dass es von der Bundesrepublik bislang keine völkerrechtlich relevante Anerkennung des von deutschen Kolonialtruppen verübten Völkermords an den ursprünglichen Bewohnern Namibias gebe. Schuster hob hingegen die pro Kopf überdurchschnittlich hohen Entwicklungshilfeszahlungen Deutschlands an Namibia hervor. Auch der namibische Botschafter wollte von individuellen Entschädigungszahlungen wenig wissen, sondern unterstrich Themen wie die Visaliberalisierung als aktuelle Herausforderungen.

Axel Biallas, Budapest

Neuer Disziplinenkitt?

Konferenz „Internationale Politische Theorie“, an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, 10. bis 12. Juni 2010.

Unter dem Dach der Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte sowie der Sektion für Internationale Politik in

der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) kamen führende Vertreter beider Disziplinen zusammen, um inhaltliche Konstellationen und die praktische wie wissenschaftliche Relevanz einer Internationalen Politischen Theorie (IPT) zu eruieren.

In Anbetracht der Globalisierung von Kultur, Politik und Wirtschaft und den sich immer stärker abzeichnenden Strukturen eines weltgesellschaftlichen – wenngleich sehr heterogenen – institutionellen wie normativen Zusammenhangs geraten tradierte Trennungen und Aufgabenverteilungen in der Politikwissenschaft zunehmend in Verruf. Insofern lag es nahe, im Rahmen einer personell wie thematisch ausnehmend gut aufgestellten Fachtagung nach den Konturen einer Internationalen Politischen Theorie zu suchen. Die Veranstaltung stand daher unter der im Rahmen des Eröffnungspanels formulierten Frage, wie man unter dem Leitbild einer Internationalen Politischen Theorie das Verhältnis der anwesenden politikwissenschaftlichen Disziplinen effektiver und zeitgemäßer organisieren könne.

Die Tagung bestand aus neun Panels, die sich mit aktuellen Themen wie der Gesellschaftstheorie und Theorierevision der Internationalen Beziehungen, der Internationalen Gerechtigkeit, der Rolle von Kommunikation und Kultur für die Politische Theorie, den Fragen der Legitimation externer Herrschaft, alternativen Demokratieverständnissen sowie aktuellen moraltheoretischen Entwicklungen des Neo-Naturrechts und der

Ideologiekritik beschäftigten. Umrahmt wurde die Veranstaltung von zwei großen Podiumsdiskussionen. Die Eröffnungsdiskussion widmete sich unter der Leitung der neu aufgestellten Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) den Kernfragen und Entstehungs- wie Begründungskontexten einer Internationalen Politischen Theorie. Den Schlusspunkt bildete eine Podiumsdiskussion, in der *Stefan Gosepath* (Bremen), *Benjamin Herborth* (Frankfurt/Main), *Frank Nullmeier* (Bremen), *Rainer Schmalz-Bruns* (Hannover) und *Michael Zürn* (Berlin) einen kritischen Blick auf die Ergebnisse der Tagung warfen und zentrale inhaltliche Schwerpunkte einer Internationalen Politischen Theorie entwickelten.

Die Frage nach der legitimen Intervention in internationale Konflikte durch die internationale Staatengemeinschaft sowie die Legitimität von externer Herrschaft und Gesellschaftsordnung in Postkonfliktgesellschaften war eines der panelübergreifend wiederkehrenden Hauptthemen. In diesem Bereich herrscht eine multidisziplinäre Herangehensweise an die Bildung von analytisch-theoretischen Konzepten oder der Aufbereitung empirischen Materials. Hier treffen die Begriffs- und Theorieapparate der Internationalen Politik, der Politischen Theorie und des Völkerrechts aufeinander. Im Bereich der aktuellen Demokratietheorie sind es auf der einen Seite die Begründungsformen, Begriffe und Theorien, auf der anderen Seite die historisch-empirischen Materialien der westlichen Demokratieentwicklung, die in einer multipolaren und multikulturellen Weltgesellschaft mit neuen,

nicht westlichen Demokratieverständnissen und Mischformen gesellschaftspolitischer Ordnungen konfrontiert werden. Dies führt zu einer immensen Irritation des disziplinär tradierten Verständnisses. Letztlich steigt das Interesse an Ideologiekritik der bestehenden Leitbegriffe, Selbstverständnisse und theoretischen Paradigmen.

Über die Notwendigkeit multidisziplinären Forschens in der Politikwissenschaft waren sich die Diskutanten auf der abschließenden Plenumsdiskussion einig. Dies ist angesichts der institutionellen wie normativen Strukturentwicklungen der globalen Politik und Wirtschaft empirisch vollkommen gerechtfertigt und in Anbetracht der Schwierigkeiten multilateraler politisch-rechtlicher Ordnungsregime gesellschaftlich immens relevant. Dennoch waren die Vorstellungen über die Ausgestaltung einer Internationalen Politischen Theorie sehr unterschiedlich. Sie gingen von einer holistisch gedachten Theorie des globalen politischen Systems (Frank Nullmeier) über eine normativ gehaltvolle, umfassende Sozialtheorie (Michael Zürn) bis zu einer Reflexionstheorie innerhalb der Politikwissenschaften (Rainer Schmalz-Bruns). Daher waren die Ansprüche der Fachkollegen und -kolleginnen am Ende der Tagung an die eigenen, dort präsentierten Leistungen in einem wohl bedachten Rahmen bescheiden. Eine neue Disziplin sollte mit der Tagung nicht begründet werden, vielmehr sei sie ein erster Schritt des Auslotens der multidisziplinären Zusammenarbeit jenseits der gewohnten Grenzen gewesen.

Thorsten Hasche, Universität Göttingen